

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend  
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen  
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 4. März 2010

## Forscherinnen Fehlanzeige

Frauen und Forschung – das geht in Deutschland nach wie vor nur selten zusammen. Zu den prominenten Ausnahmen gehört die Biologin Christiane Nüsslein-Vollhard, die im Jahr 1995 den Medizin-Nobelpreis erhielt. Ansonsten aber sind Wissenschaftlerinnen gerade im für die Wirtschaft bedeutsamen MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) ziemlich rar. Im Jahr 2007 etwa waren 45 Prozent der Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren weiblich, aber nur 22 Prozent der Forscher und Ingenieure. Im Verar-

beitenden Gewerbe lag der Anteil der Frauen an allen Wissenschaftlern in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Unternehmen 2007 sogar lediglich bei 11 Prozent. Die niedrigste Quote verzeichnete mit 7 Prozent der Maschinenbau, am stärksten vertreten waren die Wissenschaftlerinnen im Textilbereich sowie in der Ernährungsindustrie. Eine positive Nachricht zum Weltfrauentag am 8. März ist allerdings, dass der Anteil weiblicher Doktoranden in fast allen MINT-Fächern zwischen 2002 und 2006 gestiegen ist.

## In dieser Woche

**Geldpolitik:** Die Europäische Zentralbank hat den Banken rund 550 Milliarden Euro extra zur Verfügung gestellt und hält die Zinsen dafür niedrig. Daran wird sich wohl auch so schnell nichts ändern. Langfristig könnte diese laxer Geldpolitik jedoch eine höhere Inflation nach sich ziehen. Seite 2

**Der Arbeitsmarkt:** Arbeitslose können bei der Jobsuche auf private Dienstleister zurückgreifen – mithilfe des Vermittlungsgutscheins. Doch diese Alternative wird bislang nur in geringem Umfang genutzt. Seite 3

**Doppelverdiener:** An der traditionellen Rollenverteilung hat sich offenkundig wenig geändert. In acht von zehn Haushalten, in denen beide Partner arbeiten gehen, bringen Männer mehr Geld nach Hause. Sogar dann, wenn Mann und Frau vollzeitbeschäftigt sind, hat Er in 70 Prozent der Haushalte das höhere Einkommen. Seite 4-5

**Arbeitskämpfe:** Die Zahl der durch Streiks und Aussperrungen verlorenen Arbeitstage schrumpft weltweit. Dies liegt unter anderem am Strukturwandel von der Industrie- hin zur Dienstleistungsgesellschaft. Aber auch die Sozialpartner gehen vertrauensvoller als früher miteinander um. Seite 6

**Pharmazeutische Industrie:** Im Vergleich zu anderen Industriezweigen kämpft die Pharmaindustrie vor allem dank ihrer hohen Forschungsausgaben deutlich weniger mit Krisensymptomen wie etwa einer sinkenden Produktion. Seite 7

**Technikausstattung:** Die Nachfrage der Deutschen nach technischen Neuheiten ist ungebrochen, gerade auf dem Gebiet der Informationstechnologie. Allerdings setzen die westdeutschen Haushalte stärker auf Internet, iPad und Co. als die Bundesbürger im Osten. Seite 8

### Forscherinnen: In vielen Industriesparten rar

Von je 100 Wissenschaftlern in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen des Verarbeitenden Gewerbes waren im Jahr 2007 so viele Frauen



Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

## Geldpolitik

## Zentralbank scheut den Kurswechsel

**Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Banken rund 550 Milliarden Euro extra zur Verfügung gestellt und hält die Zinsen dafür niedrig. Dennoch horten die Geldhäuser ihr Kapital, statt es in Kredite zu verwandeln. An der laxen Politik der Zentralbank wird sich wohl so schnell nichts ändern. Langfristig könnte dieser Kurs jedoch eine höhere Inflation nach sich ziehen.**

Das europäische Währungssystem ist wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise durcheinandergeraten. Auf der einen Seite ist die Bilanz der EZB deutlich expandiert – das heißt, die europäischen Währungshüter haben viel mehr Kredite verteilt als früher:

**Mitte Februar dieses Jahres betrug die Bilanzsumme der EZB knapp 1.900 Milliarden Euro; drei Jahre zuvor waren es 1.150 Milliarden Euro.**

Bei einem normalen Geldmengenwachstum ständen allenfalls 1.350 Milliarden Euro in den Büchern. Die EZB stellt den Banken also rund 550 Milliarden Euro extra zur Verfügung.

Das Ziel dieser großzügigen Geldpolitik ist es vor allem, den Geldmarkt zu beruhigen, auf dem sich Banken unter-

einander Kapital borgen – ganz nach dem Motto: Es ist genug für alle da. Diese Rechnung geht auf, was sich an der wieder geringeren Differenz zwischen den Zinsen auf nicht besicherte und besicherte Dreimonatskredite zeigt (vgl. iwd 17/2009). Weil der Zinssatz für unbesicherte Interbankenkredite vom geschätzten Ausfallrisiko abhängt, gilt: Je größer der Zinsunterschied zwischen besicherten und unbesicherten Krediten ist, umso größere Unsicherheit herrscht am Geldmarkt. Mitte Februar lag die Differenz bei 30 Basispunkten – und damit deutlich unter dem Höchststand von 180 Basispunkten im Herbst 2008.

Das Paradoxe: Die EZB verteilt die Euros großzügig, aber die in der Wirtschaft befindliche Geldmenge schrumpft. Sie lag etwa im Dezember 2009 um 0,2 Prozent unter dem Volumen des Vorjahres, im November war sie sogar 0,3 Prozent niedriger. Als Richtwert für ein normales Wachstum gelten rund 4,5 Prozent im Jahr.

Die Erklärung für die aktuelle Situation liegt bei den Banken: Sie geben das EZB-Geld nicht als Kredite weiter, sondern horten es. In großem Umfang schleusen die Institute das Kapital sogar wieder

in die Zentralbank zurück, indem sie es als Einlage in Frankfurt bunkern – auch wenn es darauf nur niedrige Zinsen gibt.

**Im Jahr 2009 hatten die Banken Einlagen von knapp 120 Milliarden Euro bei der EZB; 2007 waren es lediglich 660 Millionen Euro.**

Mit ihrer Geldpolitik unterstützt die EZB das Bedürfnis der Banken, eine hohe Vorsichtskasse zu halten. Unproblematisch ist die Situation jedoch nicht. Die Banken könnten beginnen, ihr Extrapolster aufzulösen und Kredite an die Wirtschaft zu geben. Geschieht dies zu schnell, fließt zu viel Geld auf den Markt – eine höhere Inflation droht.

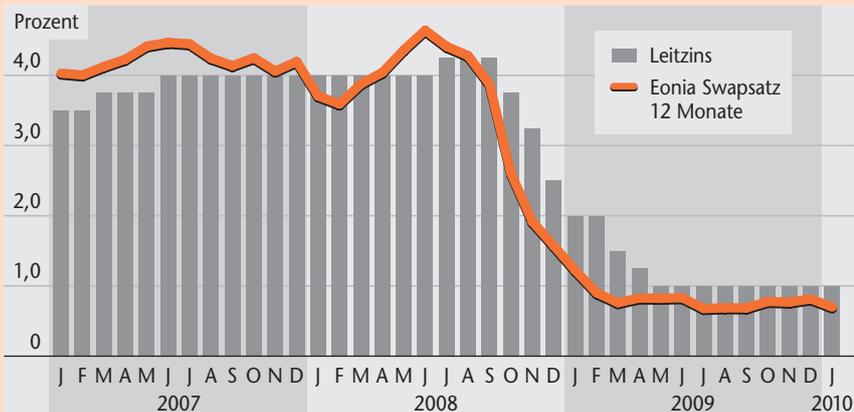
Bereits Mitte Dezember 2009 hat die Zentralbank die Zügel etwas angezogen. Sie hatte den Banken 94 Milliarden Euro für ein Jahr geliehen. Das Besondere an diesem Kredit ist, dass er nicht für einen festen Zinssatz von 1 Prozent gewährt wurde, sondern sich am variablen Leitzins orientiert. Damit hat die EZB zaghaft angedeutet, dass eine Zinserhöhung möglich ist. Höhere Zinsen würden eine eventuelle Inflation im Zaum halten, da sie das Geld verteuern.

Die Zentralbanker dürften allerdings politischen Druck verspüren, die Zinsen trotz des Inflationsrisikos niedrig zu lassen. Denn einige Staaten sind hoch verschuldet. Eine höhere Inflation würde ihnen helfen, denn mit dem Wert des Geldes sinkt auch der Wert der Schulden. Höhere Zinsen hingegen brächten die Länder noch mehr in die Bredouille.

Dass die EZB es bisher kaum glaubhaft machen konnte, die Zinsen anzuheben, zeigt auch ein Blick auf sogenannte Swapgeschäfte (swap = Tausch) auf dem Geldmarkt (Grafik). Die Swap-sätze bilden die Erwartungen ab, ob der EZB-Leitzins steigt oder fällt. Die Erfahrung zeigt: Wenn der Swapsatz oberhalb des Leitzinses liegt, dann steigt der Leitzins später und vice versa. Zurzeit bewegt sich der Swapsatz für ein Jahr deutlich unter dem Leitzins von 1 Prozent. Kaum ein Finanzmarktakteur rechnet also mit einer rigideren EZB-Politik.

## Geldpolitik: Zinsen in der Warteschleife

Bei einem Zinsswapgeschäft vereinbaren beide Partner, zu einem bestimmten Termin festgelegte Beträge auszutauschen, wobei die eine Partei einen festen Zins zahlt und dafür im Gegenzug eine variable Zinszahlung erhält. In der Grafik entspricht der festgelegte Zins dem Eonia Swapsatz für 12 Monate. Der variable Zins ist der Zins für Übernachtskredite am Interbankenmarkt, den die EZB mit ihrem Leitzins steuert. Liegt der Swapsatz über dem Leitzins der EZB, geht der Markt davon aus, dass die Zinsen künftig steigen werden.



Eonia: Euro OverNight Index Average, Zinssatz auf dem Interbankenmarkt im Eurogebiet  
Quelle: Bloomberg

i7 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Private Arbeitsvermittler: Jobs per Gutschein

Arbeitslose können bei der Jobsuche qua behördlicher Unterstützung auf die Dienste nicht staatlicher Institutionen zurückgreifen – mithilfe des Vermittlungsgutscheins. Doch diese Alternative der privaten Arbeitsvermittlung wird bislang nur in geringem Umfang genutzt.

Arbeitslose, die mindestens zwei Monate ohne Beschäftigung sind und Arbeitslosengeld beziehen, haben Anspruch auf einen Vermittlungsgutschein. Auch Arbeitslosengeld-II-Empfänger können einen bekommen – wenn der Fallmanager beim Jobcenter zustimmt. Der Vermittlungsgutschein gibt Menschen, die einen Job suchen, die Möglichkeit, einen privaten Arbeitsvermittler einzuschalten. Bei einer erfolgreichen Vermittlung zahlt die Arbeitsagentur diesem dann ein Honorar in Höhe von 2.000 Euro, wovon 1.000 Euro nach sechs Wochen Beschäftigungsdauer und weitere 1.000 Euro nach sechs Monaten ausgezahlt werden.

Praktisch aber wird dieses Instrument eher selten genutzt. Von rund 700.000 anspruchsberechtigten Arbeitslosengeldempfängern lösten im Januar 2010 nur 2.400 Personen einen Vermittlungsgutschein ein. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr lediglich rund 50.000 Erstraten für Gutscheine ausgezahlt, die zweite Rate wurde sogar nur 27.000-mal fällig. Im selben Zeitraum vermittelten die Arbeitsagenturen annähernd 880.000 Menschen in ein Beschäftigungsverhältnis.

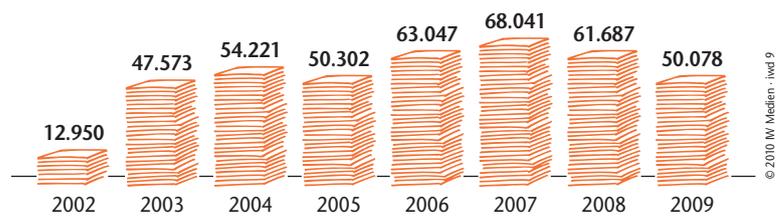
Dabei hat die Stellensuche via Gutschein durchaus Vorteile: Eine Evaluation ergab, dass Erwerbslose, die mithilfe von privaten Vermittlern eine Arbeit gefunden hatten, ein Jahr später um rund 6 Prozentpunkte häufiger einer ungeforderten Beschäftigung nachgingen als Ex-Arbeitslose ohne Vermittlungsgutschein. Die Privatvermittler machen auch die Arbeitsagenturen für die geringe Inanspruchnahme verantwortlich. So behindere die zweimonatige Wartezeit den zügigen Übergang in einen neuen Job.



## Der Arbeitsmarkt

### Private Arbeitsvermittlung: Gutscheine seltener genutzt

Arbeitslose, die einen Vermittlungsgutschein von der Bundesagentur für Arbeit bekommen, können damit eine private Arbeitsvermittlung einschalten. Gelingt es dem Arbeitslosen, mithilfe des Vermittlers eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finden, fließt ein Vermittlungshonorar in Höhe von 2.000 Euro. Die ersten 1.000 Euro werden nach sechs Wochen Beschäftigungsdauer ausgezahlt, die zweiten 1.000 Euro nach sechs Monaten. So viele Gutscheine mussten die Arbeitsagenturen für das Fälligwerden der Erstrate einlösen:

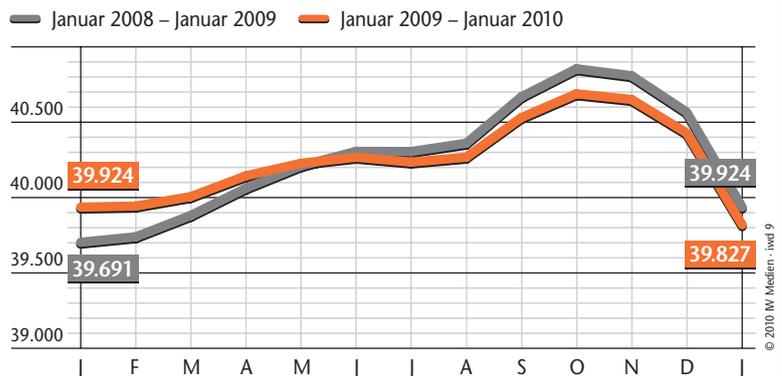


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

### Beschäftigung

Erwerbstätige in Deutschland in 1.000

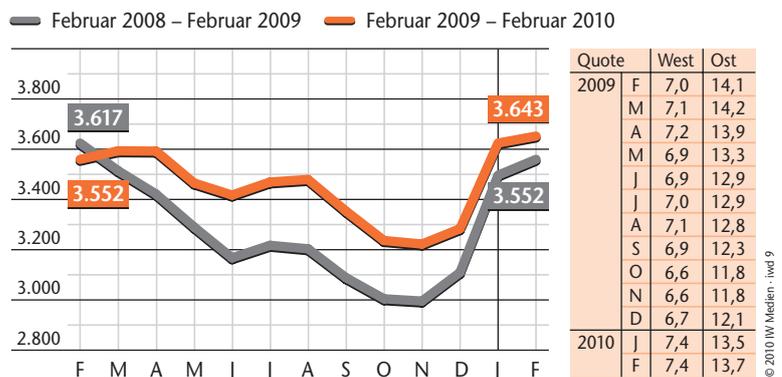


Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

### Arbeitslosigkeit

Arbeitslose in Deutschland in 1.000



Quote	West	Ost	
2009	F	7,0	14,1
	M	7,1	14,2
	A	7,2	13,9
	M	6,9	13,3
	J	6,9	12,9
	J	7,0	12,9
	A	7,1	12,8
	S	6,9	12,3
	O	6,6	11,8
	N	6,6	11,8
2010	J	7,4	13,5
	F	7,4	13,7

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

## Doppelverdiener

## Frauen steuern oft weniger bei

**An der traditionellen Rollenverteilung hat sich offenkundig wenig geändert – Männer sind immer noch die Haupternährer der Familien, selbst wenn die Frauen arbeiten gehen: Denn in acht von zehn Haushalten, in denen beide Partner erwerbstätig sind, bringen Männer mehr Geld nach Hause. Sogar dann, wenn Mann und Frau vollzeitbeschäftigt sind, hat Er in 70 Prozent der Haushalte das höhere Einkommen.**

Auf den ersten Blick hat sich in den Familien in den vergangenen Jahrzehnten einiges getan. Die meisten jungen Ehepaare verdienen heute gemeinsam die Brötchen. So haben 44 Prozent aller Paarhaushalte zwei Einkommen. Nur in 27 Prozent aller Familien ist einer allein fürs Geldverdienen zuständig. In den übrigen 29 Prozent der Haushalte hat keiner einen Job – dabei handelt es sich um Rentner oder Arbeitslose.

Allerdings hat sich die Rollenverteilung zwischen den Ehepartnern weniger gewandelt, als dies erwartet wurde. Das macht eine Auswertung des sozio-oekonomischen Panels durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln deutlich:

- **Arbeitsaufteilung nach Berufsgruppen.** Auch wenn der Job inzwischen für die meisten Partner zur Selbstverständlichkeit geworden ist, so diskutieren sie offenkundig doch darüber, ob denn beide wirklich den vollen Tag arbeiten gehen müssen. Denn die Erwerbsarbeit in Doppelverdienerhaushalten ist ziemlich ungleich verteilt (Grafik Seite 5):

**Egal zu welcher Berufsgruppe die Haushaltsvorstände gehören – im Regelfall überwiegt das Modell Vollzeit/Teilzeit.**

Vor allem in Arbeiterhaushalten dominiert diese Kombination. Dort haben 42 Prozent der Partner einen Teilzeitjob. Ähnliches gilt aber auch für Beamtenpaare, wo immerhin 38 Prozent Vollzeit und Teilzeit arbeiten. Spiegelbildlich sind nur in 18 Prozent der Arbeiterhaus-

halte beide Partner den ganzen Tag berufstätig – bei den Staatsdienern sind es 22 Prozent.

Noch am wenigsten können es sich Selbstständige leisten, dass einer der Partner nur mit halber Kraft seinem Job nachgeht – offenbar muss der Gatte oder die Gattin vielfach ranklotzen, damit die eigene Firma rundläuft.

Eine ähnliche Verteilung findet sich auch nach Qualifikationen: Ehepaare auf beruflicher Augenhöhe gibt es vor allem unter Akademikern. So haben 30 Prozent

der Personen in Haushalten, in denen beide voll berufstätig sind, einen Hochschulabschluss. Hier wirkt sich aus, dass Uni- und FH-Absolventen gute Beschäftigungs- und Verdienstaussichten haben.

Dagegen beträgt in Haushalten, in denen einer allein für das Einkommen sorgt, der Akademikeranteil nur 20 Prozent; 18 Prozent haben keine Berufsausbildung. In den meisten Fällen geht hier der Partner mit der besseren Qualifikation arbeiten.

- **Arbeitsaufteilung in Haushalten mit Kindern.** An der Verteilung Vollzeit/Vollzeit bzw. Vollzeit/Teilzeit ändert sich einiges, wenn Nachwuchs kommt. So arbeiten über alle Berufe hinweg lediglich in 11 Prozent der Haushalte beide Partner ganztags, wenn kleine Kinder die Nacht zum Tag machen. In Haushalten ohne

Kinder beträgt der Anteil der Vollzeit/Vollzeit-Paare immerhin 34 Prozent. Anders gerechnet:

**In Familien mit Kindern arbeiten die Paare zusammen in der Woche rund drei Stunden weniger als die kinderlosen Paare.**

Wenn das Baby kommt, wechselt ein Elternteil häufig von einer Vollzeit- auf eine Teilzeitstelle. Mitunter wird sogar ganz auf das zweite Einkommen verzichtet – dann fehlt wohl die Möglichkeit, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Weil aber nach dem Besuch des Storchs mehr Mäuler gestopft werden müssen, suchen die Familien nach einem Ausweg – und finden ihn offenbar: Der Haushaltsvorstand legt sich beruflich stärker ins Zeug. In den Alleinverdienerhaushalten mit Kindern z.B. arbeitet Er im Mittel 45 Stunden die Woche – wo keine Kinder zu finden sind, beträgt das Arbeitspensum lediglich 41 Stunden.

Die Wahrscheinlichkeit, dass vor allem Frauen beruflich kür-



## Was Paare verdienen

Durchschnitt in Euro pro Monat im Jahr 2007

Berufliche Stellung des Hauptverdieners	Selbstständiger	Arbeiter	Angestellter	Beamter
Bruttoeinkommen des Hauptverdieners	4.341	2.298	3.286	3.537
Bruttoeinkommen des Partners	841	530	897	1.000
Haushaltsnettoeinkommen	4.140	2.537	3.436	4.312
Arbeitszeit des Zweitverdieners in Stunden/Woche	16,7	13,1	15,8	16,1
Bruttostundenlohn des Zweitverdieners in Euro	11,74	9,73	13,19	13,87

Haushaltsnettoeinkommen: einschließlich Mieteinnahmen, Zinseinnahmen, Kindergeld etc.  
 Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

zer treten, wenn sich Nachwuchs ankündigt, ist groß. Denn Sie bringt meist nach wie vor weniger Geld nach Hause:

- Wenn einer Voll- und der andere Teilzeit arbeitet, erzielen die Herren der Schöpfung in 96 Prozent der Fälle das höhere Einkommen.
- In Haushalten, in denen ein Vollzeitbeschäftigter allein für Miete und Co. sorgt, sind dies zu 84 Prozent Männer.
- Gehören Kinder unter 17 Jahren zur Familie, bringen in den Alleinverdienerhaushalten sogar zu 98 Prozent die Männer das Geld heim.

**Selbst wenn beide Partner eine Vollzeitbeschäftigung ausüben, hat in 70 Prozent aller Fälle der Mann das höhere Einkommen.**

- **Monatsverdienste.** Wenn ein Partner im Haushalt sich beruflich zurücknimmt, kann der andere voll durchstarten. Das jedenfalls zeigen die Verdienste. Die höchsten Bruttoeinkommen erzielen mit durchschnittlich 3.745 Euro pro Monat Haushaltsvorstände, deren Partner teilzeitbeschäftigt sind. Danach folgen Vollzeitalleinverdiener mit 3.478 Euro.

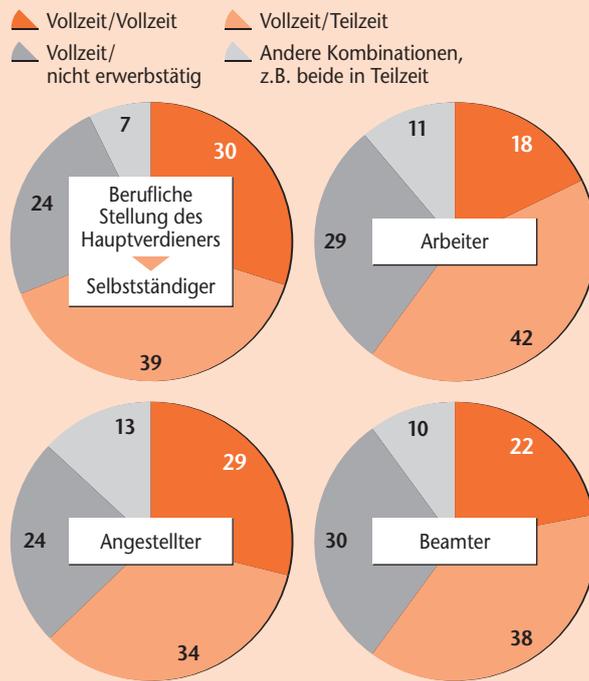
Hauptverdiener mit vollzeiterwerbstätigen Partnern streichen indes am wenigsten ein – 3.380 Euro im Monat. Offenbar stürzt man sich in solchen Haushalten weniger in die Arbeit, denn es gibt ja zwei Einkommen. Am Ende haben Vollzeitdoppelverdiener Monat für Monat brutto 2.000 Euro mehr auf dem Gehaltszettel als Alleinverdienerfamilien.

Die Bruttoerwerbseinkommen von Haushaltsvorständen und deren Partnern bilden allerdings nur einen Teil der gesamten Haushaltseinkünfte ab. Hinzu kommen Einnahmen aus Vermietung oder Vermögen und das Kindergeld. Auf die Einnahmen sind zudem noch Steuern und Abgaben zu leisten. Für den Wohlstand eines Haushalts ist somit das Nettoeinkommen entscheidend.

Hier zeigt sich, dass zwei volle Einkommen letztlich nicht mehr Geld im Portemonnaie der Familie bedeuten. Doppelverdienerhaushalte, in denen bei-

## Ehepaare: Selten beide in Vollzeit

So viel Prozent der Ehepartner arbeiteten im Jahr 2007 ...



Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

de Partner Vollzeit arbeiten, haben mit 3.354 Euro ein nur wenig höheres Nettoeinkommen als Paare mit einer Kombination aus Voll- und Teilzeitarbeit (3.200 Euro). Hier sorgt oft das Kindergeld für einen Ausgleich.

**Finanziell schlechter stehen dagegen die Alleinverdienerpaare da. Sie verfügen im Schnitt lediglich über 2.808 Euro im Monat.**

Das höchste Nettoeinkommen verbuchen Haushalte für sich, in denen zumindest der Haushaltsvorstand verbeamtet ist. Das hat zwei Gründe. Erstens müssen diese Staatsdiener von ihrem Bruttoeinkommen weniger Abgaben leisten – sie zahlen z.B. keine Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Zweitens verdienen die Partner – egal ob auch verbeamtet oder in einem Angestelltenverhältnis – mehr Geld (Grafik Seite 4).

So kommt die bessere Hälfte eines Beamten im Schnitt auf ein monatliches Bruttoeinkommen von 1.000 Euro. Die Partnerin eines Arbeiters trägt nur 530 Euro zum gemeinsamen Einkommen bei. Unterm Strich – nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben – haben Beamtenhaushalte deshalb monatlich sogar

mehr zur Verfügung als Haushalte, in denen ein Selbstständiger das Familienoberhaupt ist. Am schlechtesten schneiden wiederum Arbeiterhaushalte ab.

Dass die Partner von Beamten mehr zum gemeinsamen Einkommen beitragen als die von Arbeitern oder Angestellten, hat einen Grund: Sie erzielen vergleichsweise hohe Stundenlöhne. Dies ist ein Indiz dafür, dass an dem Sprichwort „Gleich und Gleich gesellt sich gern“ etwas dran ist. Ein anderes Indiz:

**Selbstständige leben überdurchschnittlich häufig mit Selbstständigen zusammen, Arbeiter mit Arbeitern und Beamte mit Beamten.**

Fast jeder zweite angestellte Haushaltsvorstand teilt sich z.B. mit einer Angestellten die Wohnung. Und knapp 30 Prozent der Arbeiter haben wiederum eine Arbeiterin als Partnerin. Dagegen tut sich so gut wie keine Beamtin mit einem Arbeiter zusammen. Die Staatsdiener bleiben lieber unter ihresgleichen.

Somit profitieren Beamtenhaushalte gleich doppelt: durch hohe Bruttolöhne des Partners und die geringen Abgaben der Haushaltsvorstände. Verlierer des Rankings sind die Arbeiterhaushalte. Nicht nur, dass deren Hauptverdiener aufgrund geringerer Stundenlöhne ein niedrigeres Bruttoeinkommen erwirtschaften. Sie leben auch öfter mit Partnern zusammen, die nicht vollzeiterwerbstätig sind.

Zum Teil liegt dies daran, dass es in Arbeiterhaushalten überdurchschnittlich viele Kinder unter 17 Jahren gibt. Ein besseres öffentliches Kinderbetreuungsangebot hilft in diesen Fällen nicht unbedingt weiter. Aber selbst wenn die Partner von Arbeitern erwerbstätig sind, erzielen sie nur geringe Stundenlöhne. Dies dürfte an ihren unterdurchschnittlichen Qualifikationen liegen: Jeder vierte Partner eines Arbeiters hat keine Berufsausbildung. In Angestellten- und Beamtenhaushalten haben nur 9 bzw. 7 Prozent der Partner keine Lehre absolviert oder kein Examen in der Tasche.

## Arbeitskämpfe

## Weltweit auf dem Rückzug

Die Zahl der durch Arbeitskämpfe verlorenen Arbeitstage schrumpft weltweit. Dies liegt einerseits am Strukturwandel von der Industrie- hin zur Dienstleistungsgesellschaft. Andererseits reicht stellenweise mittlerweile ein Streiktag, um Branchen komplett lahmzulegen. Nicht zuletzt verhandeln aber auch die Sozialpartner vertrauensvoller als früher miteinander und haben so weniger Gründe, auf die Barrikaden zu gehen.

Wenn französische Arbeitnehmer streiken, ist dies meist recht publikumswirksam, genauso wie die Proteste der Italiener oder Spanier. Wenig zu hören ist hingegen aus Ländern wie Japan. Diese Wahrnehmung entspricht auch in etwa dem tatsächlichen Umfang der jeweiligen Arbeitskämpfe (Grafik):

Während zwischen 2000 und 2008 in Spanien im Schnitt 164 Tage je 1.000 Arbeitnehmer wegen Arbeitskämpfen verloren gingen, wurde in Japan und der Slowakei kaum gestreikt.

In Deutschland herrschte mit lediglich fünf Ausfalltagen je 1.000 Beschäftigte ebenfalls noch ein recht friedlicher Ton.

Ruppiger war es in den angelsächsischen Staaten, vor allem aber in einigen Mittelmeerländern. So kamen die USA und das Vereinigte Königreich auf jeweils 30 Ausfalltage, in Italien waren es schon 88 und in Frankreich 102 Tage.

Eine wichtige Erklärung ist, dass es vor allem in Frankreich und Italien regelmäßig zu großen politischen Protestwellen kommt. Wie stark sich solche Massenproteste auf die Statistik auswirken können, zeigt das Beispiel Österreich. Dort fielen im Jahr 2003 durch die Demonstrationen gegen die damalige Mitte-rechts-Regierung insgesamt 400 Arbeitstage aus. Obwohl der Alpenstaat zwischen 2000 und 2008 kaum tarifpolitische Konflikte erlebte, ergibt sich für Österreich eine Gesamtbilanz von durchschnittlich 45 Ausfalltagen je 1.000 Arbeitnehmer. Da politische Streiks hierzulande verboten sind, sieht es in Deutschland unterm Strich besser aus als in den meisten Nachbarländern.

Allerdings lassen sich die verschiedenen Länderdaten nicht immer genau miteinander vergleichen. Die Gründe:

1. Während in Belgien, Dänemark oder Deutschland ausschließlich Streikmel-

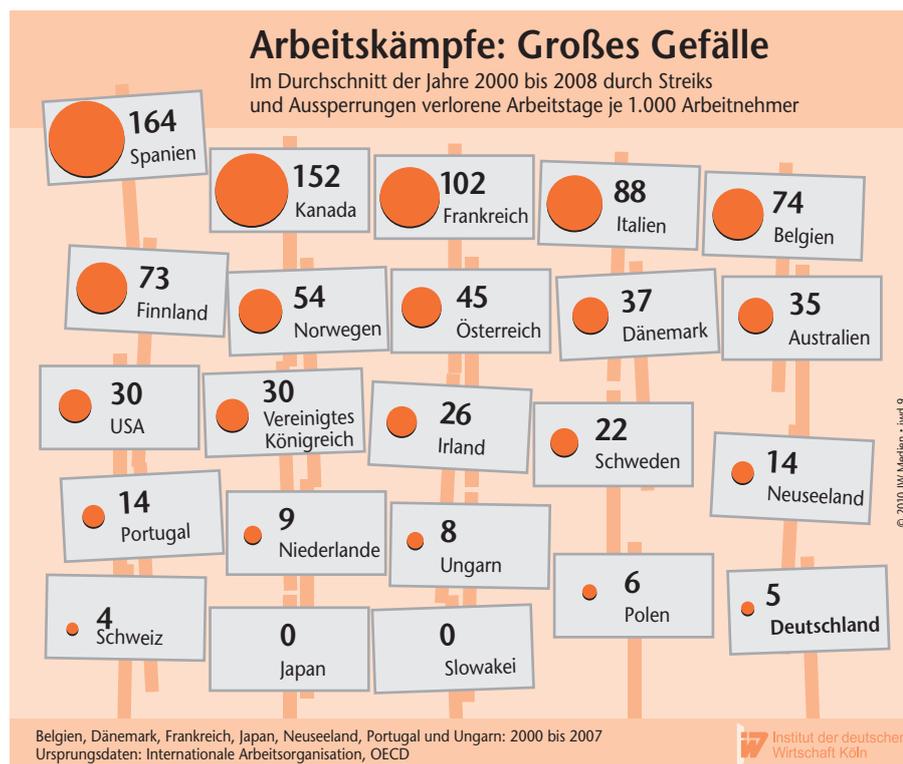
dungen der Arbeitgeber herangezogen werden – hierzulande besteht sogar eine Meldepflicht bei der Bundesagentur für Arbeit –, basieren die statistischen Angaben in Österreich ausschließlich auf Meldungen der Gewerkschaften. In den meisten Ländern werden die Angaben beider Parteien abgeglichen. Da Gewerkschaften in der Regel höhere Streikteilnehmerzahlen melden als die Arbeitgeber, verzerrt das die Statistik.

2. Statistische Verzerrungen können auch durch unterschiedliche Erfassungsmethoden entstehen. In Deutschland ist es üblich, Konflikte erst zu registrieren, wenn mindestens zehn Arbeitnehmer mindestens einen Tag lang beteiligt waren oder wenn mindestens 100 Arbeitstage ausgefallen sind. Andere Länder wie Belgien, Italien, Österreich oder die Niederlande kennen hingegen keine derartigen Eingrenzungen.

Alles in allem ist aber sicher: Es gehen weltweit immer weniger Produktionstage durch Arbeitskämpfe verloren. Dies liegt zum einen an der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung des Dienstleistungssektors – dort sind Ausstände seltener als im Produzierenden Gewerbe. Zum anderen sind die Streiks effizienter geworden, vor allem in der Industrie. Die pufferlosen Produktionsketten sind in hohem Maße störanfällig: Ein Streik bei einem Zulieferer – und schon stehen die Montagebänder eines Produzenten still.

Zudem scheint sich das Klima in den Tarifaueinandersetzungen zu bessern. Die Gewerkschaften akzeptieren mehr und mehr, dass Streiks dem Standortwettbewerb schaden. So einigten sich die IG Metall und die Arbeitgeber dieses Jahr erstmals mehr als zwei Monate vor Ablauf des Tarifvertrags auf ein umfassendes „Krisenpaket 2012“, in dem es nicht um Lohnerhöhungen, sondern um Beschäftigungssicherung ging.

Im Verkehrssektor dagegen werden die Zeiten eher rauer: Die Berufsgewerkschaften zetteln immer wieder einen Wettbewerb um die besten Arbeitsbedingungen an – und streiken dafür auch.



## Pharmazeutische Industrie

# Stark durch Forschung

Im Vergleich zu anderen Industriezweigen hat die Pharmaindustrie vor allem dank ihrer hohen Forschungsausgaben deutlich weniger mit Krisensymptomen wie einer rückläufigen Produktion zu kämpfen. Zwar mussten die Unternehmen in größerem Maße Arbeitsplätze abbauen – dies war jedoch unter anderem auf die jüngste Gesundheitsreform zurückzuführen. \*)

Fast die gesamte deutsche Wirtschaft lag zuletzt im Krankenbett – vor der Rezession schützten weder Impfstoffe noch Heilkräuter. Oder doch? Immerhin war die Pharmabranche – die mit einem Umsatz von 42 Milliarden Euro im Jahr 2008 knapp 3 Prozent des Gesamtumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe beisteuerte – in den vergangenen Jahren nahezu resistent gegen konjunkturelle Schwächeanfänge. Dies lässt sich an mehreren Indikatoren ablesen:

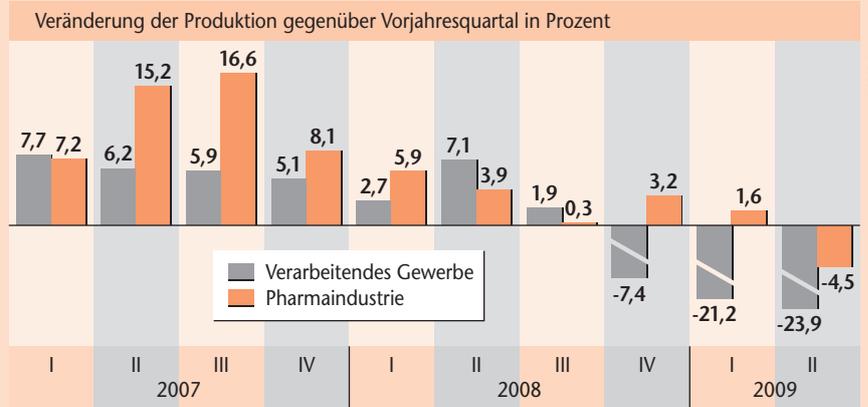
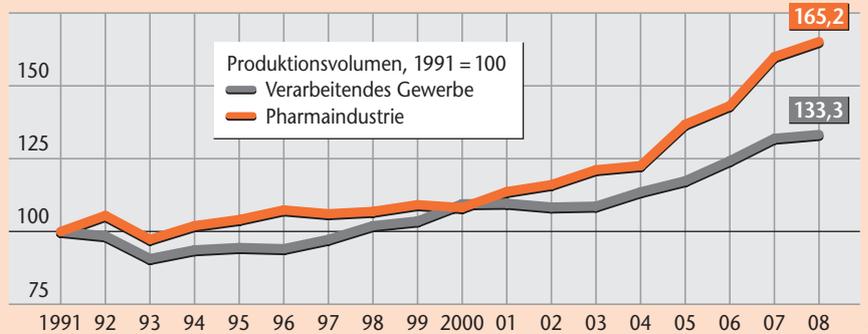
- **Produktion.** Weil das für die Branche wichtige Auslandsgeschäft bis ins Jahr 2009 hinein expandierte, entwickelte sich auch die Herstellung besser als in anderen Bereichen (Grafik):

**Im besonders rezessiven zweiten Quartal 2009 ging das Produktionsvolumen in der Pharmaindustrie gegenüber dem Vorjahreszeitraum lediglich um 4,5 Prozent zurück – im gesamten Verarbeitenden Gewerbe gab es einen Einbruch um fast 24 Prozent.**

Auf längere Sicht hat die Pharmabranche ihren Output überdurchschnittlich gesteigert. Von 1991 bis 2008 legte die Produktion um mehr als 65 Prozent zu – die Industrie insgesamt kam nur auf einen Zuwachs von 33 Prozent.

Diese Erfolge sind jedoch keiner Wunderpille zu verdanken, vielmehr erkrankten Menschen unabhängig von Boom oder Rezession. Mittel- bis langfristig wird der medizinische Bedarf noch weiter steigen, denn die Weltbevölkerung wächst und in den Industrieländern werden die Menschen immer älter. Damit stehen die Wachstumschancen der deutschen Pharmaindustrie weiterhin gut – sofern sie den Anschluss an internati-

### Pharmaindustrie: Weitgehend krisenresistent



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

onale Forschungsstandards hält. Denn je intensiver eine Branche forscht, umso weniger anfällig ist sie in der Regel für Konjunkturschwankungen.

Diesbezüglich legt sich die pharmazeutische Industrie ins Zeug. Mit Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in Höhe von 11,2 Prozent des Umsatzes im Jahr 2007 gehört sie zu den Sektoren der Spitzentechnologie. Zum Vergleich: Der fertigungsintensivere Maschinenbau wies zuletzt nur eine Forschungsintensität von 3,9 Prozent auf.

- **Beschäftigung.** Mittelfristig ließ die Pharmabranche die übrigen Industriebranchen auch hier hinter sich:

**Die Zahl der Beschäftigten in der Pharmaindustrie kletterte von 1995 bis 2008 im jährlichen Schnitt um 1,2 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt gingen dagegen im Jahresmittel 1,5 Prozent der Stellen verloren.**

Zwar bauten die Hersteller von Arzneimitteln im ersten Halbjahr 2009 fast

7 Prozent der Arbeitsplätze ab. Dieser Trend folgt aber nicht nur der Konjunktur, sondern hat auch andere Ursachen:

- 1. Gesundheitsreform.** Seit 2007 können die Krankenkassen mit einzelnen Pharmaunternehmen direkt Rabattverträge aushandeln. In diesem Fall lohnt es sich für die Firmen nicht, ihre Produkte vor Ort bei den Ärzten zu bewerben. Entsprechend ging die Zahl der im arztbezogenen Außendienst Beschäftigten zuletzt zurück.

- 2. Patentschutz.** In den kommenden Jahren läuft der Patentschutz für zahlreiche umsatzstarke Medikamente aus. Diese müssen sich dann dem verschärften Preiswettbewerb durch den Markteintritt von Nachahmermedikamenten stellen, was die betroffenen Unternehmen einem erhöhten Kostendruck aussetzt. Darauf haben viele Firmen bereits mit Sparprogrammen reagiert, die sich auch auf die Mitarbeiterzahlen auswirken.

\*) Vgl. Jasmina Kitanović: Die forschenden Pharma-Unternehmen im Konjunkturverlauf, in: IW-Trends 1/2010

## Technikausstattung

## Der Westen hat die Nase vorn

Die Nachfrage der Deutschen nach technischen Geräten ist ungebrochen. Gerade die neuesten Errungenschaften der Informations- und Kommunikationstechnologie erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Allerdings setzen die westdeutschen Haushalte stärker auf Internet, iPad und Co. als die Bundesbürger im Osten.

Fridge, Flimmerkiste und ein Festnetztelefon – mit dieser Minimalausstattung geben sich die deutschen Haushalte kaum noch zufrieden. Und auch beim Auto lassen sich die meisten nicht lumpen: 78 Prozent aller 58.000 Haushalte, die das Statistische Bundesamt in seiner Einkommens- und Verbrauchsstichprobe regelmäßig befragt, besaßen im Jahr 2008 einen Pkw. Allerdings gibt es immer mehr junge Leute, die auf einen Wagen verzichten – während die Zahl der Rentnerhaushalte mit fahrbarem Untersatz seit ein paar Jahren zunimmt.

Bei der Routenplanung lassen sich zudem inzwischen viele Menschen von einem Navi leiten. In Westdeutschland versuchen bereits mehr als 21 Prozent der Verbraucher, mittels GPS ohne Umwege und Stau ans Ziel zu kommen: Im Osten sind es allerdings erst 17 Prozent.

Dass sich in Ostdeutschland neue Technik oftmals langsamer als im Westen durchsetzt, lässt sich vielfach beobachten (Grafik):

So haben beispielsweise nur knapp 72 Prozent der Haushalte im Osten Deutschlands einen PC, während es im Westen mehr als 76 Prozent sind. Bei Notebooks und Laptops ist das West-Ost-Gefälle sogar noch etwas größer.

Auch beim Internet haben die westdeutschen Haushalte die Nase vorn: Fast zwei Drittel nutzen das World Wide Web – in Ostdeutschland sind weniger als 58 Prozent der Bewohner online.

Eine Sättigungsgrenze scheint hingegen beim Fernseher erreicht zu sein – und zwar in West wie Ost. Im Jahr 2008 besaßen 94 respektive 95 Prozent der Haushalte ein TV-Gerät, vor zehn Jahren lag die Fernseher-Dichte in beiden Teilen Deutschlands noch deutlich darüber. Ein Grund dafür könnte sein, dass man das Fernsehprogramm mittlerweile auch per Computer empfangen kann. Auch andere neue Techniken wie DVD-Player erfreuen sich bei den Verbrauchern wachsender Beliebtheit: Inzwischen stehen in sieben von zehn Wohnzimmern Abspielgeräte für Video-DVDs.

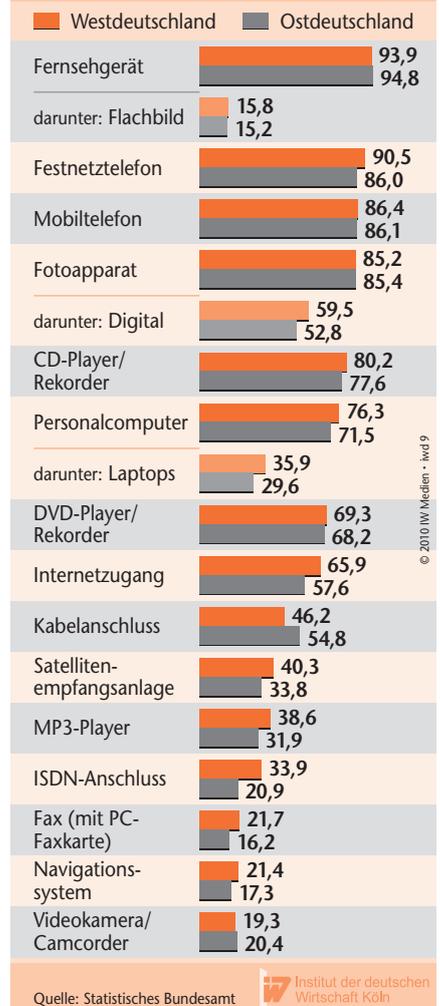
Eine Kluft gibt es in puncto Fernsehempfang: Fast 55 Prozent der Haushalte im Osten sind verkabelt, weil nach der Wiedervereinigung der Anschluss der Plattenbauten Vorrang hatte. Vor zehn Jahren empfangen deshalb mehr als 64 Prozent der ostdeutschen Haushalte ihr Fernsehprogramm via Kabelanschluss; dass es mittlerweile weniger sind, hängt mit dem Exodus aus den Plattenbauten zusammen.

Im Westen verfügt nur knapp die Hälfte der Wohnungen über Kabel, 40 Prozent empfangen ihr Programm via Satellit. Auf diese Technik setzt im Osten lediglich ein Drittel der Fernsehzuschauer.

Auch wenn die Haushalte in Ostdeutschland vielfach nicht mit den technischen Fuhrparks der Westdeutschen mithalten mögen, sind sie in manchen Dingen dennoch besser ausgestattet: So haben die Bürger im Osten im Schnitt nicht nur mehr Fernseher, sondern auch

## Haushalte: Ganz schön viel Hightech

Ausstattung privater Haushalte mit technischen Geräten im Jahr 2008, in Prozent



etwas mehr Videokameras und Mikrowellengeräte. Dass sich die neuesten technischen Entwicklungen dort hingegen eher schwertun, hängt sicherlich mit den niedrigeren Einkommen sowie der Altersstruktur zusammen: In den vergangenen 20 Jahren sind so viele junge Menschen in den Westen abgewandert, dass der Altersschnitt im Osten inzwischen höher ist als im Westen. Und die Generation 50-plus ist für die Innovationen der Elektronikbranche wie den iPad nicht so leicht zu begeistern.

Für Adressaufkleber